

# Deutsche Sprache, schwere Sprache – die Rückschritte der Schüler sind gravierend

*Kaum jemand spricht darüber, dass der Kompetenzverlust auch mit der Migration zu tun haben dürfte*



Für viele Kinder bleibt der Buchstabensalat in der Schule zunehmend ein Buchstabensalat.

KARIN HÖFER / NZZ

SEBASTIAN BRIELLMANN

Versteht hier noch irgendjemand, was der Lehrer an der Wandtafel erklärt? Das mag etwas zugespitzt sein, doch ist es ein Fakt, dass immer mehr Schüler mit der Landessprache grosse Mühe bekunden.

Das zeigen auch neue Zahlen aus der Nordwestschweiz. Die vier Kantone – Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn – führen jedes Jahr in verschiedenen Schulstufen sogenannte Check-Tests durch. Insgesamt 50 000 Schüler werden in der dritten und der fünften Primar sowie in der zweiten und dritten Sek überprüft. Es geht um Lesen, Schreiben, Grammatik und Orthografie. Die Resultate sind besorgniserregend. Der «Tages-Anzeiger», der als Erstes über die Checks berichtet hat, bilanziert: «Niveau im Sinkflug.»

In den letzten fünf Jahren (2019 bis 2024) sind die Kompetenzen massiv zurückgegangen. Das lässt sich anhand von Punkten erklären: Normalerweise macht ein Schüler pro Semester einen Fortschritt von etwa 45 Punkten. Nun zeigt sich, dass Primarschüler in der kurzen Zeitspanne durchschnittlich 30 Punkte weniger erzielen als noch vor fünf Jahren. Kurz: Etwa zwei Drittel eines Semesters gehen verloren. Auch in der zweiten Sekundarstufe verlieren die Schüler durchschnittlich fast 20 Punkte.

Für das Institut, das die Checks durchführt, ist klar: Diesen Trend könne man aufs ganze Land übertragen, da die Nordwestschweiz mit einem Viertel aller Einwohner und städtischen sowie ländlichen Gebieten die Gesamtbevölkerung gut abbilde. Diese These ist nicht gewagt, denn

die schwindenden Deutschkenntnisse sind keine neue Erfahrung. 25 Prozent aller 15-Jährigen gelten als leistungsschwach, wie die letzte Pisa-Studie aufgezeigt hat. Die Jugendlichen sind also kaum in der Lage, einfache Alltagstexte richtig einzuordnen. Bei den Erwachsenen sind es 1,25 Millionen Menschen, die in der Schweiz beim Lesen nur «geringe Kompetenzen» haben, wie eine Überprüfung der OECD im letzten Jahr nachgewiesen hat.

## Auch Muttersprachler betroffen

Dabei sieht die Schweizerische Eidgenossenschaft bürokratisch-nüchtern vor: «Die Kenntnis einer Landessprache ist eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche berufliche und soziale Integration.» Was selbstverständlich klingt,

ist heute jedoch zu oft mehr Wunschen als Realität.

Das hat auch mit einer veränderten Bevölkerungsstruktur zu tun. Die Universität Basel hat schon vor zehn Jahren im Auftrag des Basler Erziehungsdepartements einen Fragebogen entwickelt, den Eltern von Dreijährigen ausfüllen müssen. Wenn ein Kind nicht genügend gut Deutsch spricht, wird es für eine Frühförderung verpflichtet. In Basel-Stadt muss etwa die Hälfte aller Kinder in den Deutschunterricht. In diesem Jahr hat die Hochschule bekanntgegeben, dass mittlerweile über 350 Gemeinden diesen Fragebogen verwenden.

Aktuelle Zahlen der Universität Basel zeigen auch, dass 55 Prozent der Kinder eine oder mehrere Fremdsprachen sprechen. Jedes fünfte redet daheim sogar nie oder nur selten Deutsch. Ein Rückstand, der sich kaum mehr aufholen lässt. Erwiesen ist auch: Je mehr Eltern pro Quartier oder Bezirk nicht deutschsprachig sind, desto schlechter reden ihre Kinder Deutsch.

Die neuen Erkenntnisse aus der Nordwestschweiz zeigen jedoch: Nicht nur Fremdsprachige werden im Deutsch massiv schlechter, sondern auch Muttersprachler. Der Rückgang ist fast gleich stark ausgeprägt. Allerdings auf höherem Niveau. Wer zu Hause Deutsch spricht, dessen Leistungen sind nochmals durchschnittlich 30 Punkte besser – was wiederum einen Vorsprung von einem Dreiviertel-Semester bedeutet.

Klar ist also, dass die Schüler schlechter werden. Aber damit scheint das Thema auch wieder erledigt. Martina Bircher, Bildungsdirektorin im Kanton Aargau, kann das nicht nachvollziehen: «Was am Leistungsabfall das eigentlich Tragische ist: Niemand kann sagen, warum die Schüler schlechter werden. Das ist inakzeptabel.» Man spreche eben nicht gerne darüber, dass auch die Migration einen Anteil an der Misere haben könnte, sagt die SVP-Politikerin. «Auch jetzt heisst es wieder, dass die schlechten Resultate damit zusammenhängen, dass viele aus sozial schwachen Schichten kommen.» Aber das eine habe «natürlich» mit dem anderen zu tun. «Das ist die Realität, die darf man nicht vernebeln – sonst laufen wir Gefahr, ein Zweiklassensystem zu entwickeln.»

Sie geht davon aus, dass es sich um eine Kombination von verschiedenen Gründen handelt, «sicherlich auch am hohen Anteil an Fremdsprachigen». Im Aargau hat ein Drittel der Kindergartenklassen einen Anteil von über 50 Prozent, in der Realschule sind es über 60 Prozent der Schulklassen, die mindestens zur Hälfte aus Fremdsprachigen besteht.

Es sei klar, sagt Bircher, dass das bei allen Schülern Auswirkungen auf die Deutschkompetenzen habe. «Schlussendlich ist es immer eine Frage des Verhältnisses, sprich der Durchmischung. Gehen Sie mal in diese Klassen: Man hört ja, dass alle schlechter Deutsch sprechen, auch diejenigen mit Deutsch als Muttersprache. Man übernimmt die falsche Grammatik, wenn die Fremdsprachler in der Mehrheit sind.»

## Fehler werden nicht korrigiert

Dazu kommt, dass Deutsch nicht mehr so gelernt wird wie früher, Fehler nicht mehr korrigiert werden. Bircher sagt: «Das kann nicht aufgehen. Gerade Migrationskinder, bei denen die Eltern nicht helfen und korrigieren können, werden benachteiligt.»

Immer öfter werden solche Benachteiligungen an den Schulen mit Lernzielbefreiungen und Nachteilsausgleichen auszurollen versucht. Bircher erzählt, dass die Schulen dagegen machtlos seien, da diese gewährt werden müssen, sobald ein Arzt ein Attest verschreibt. «Das ist ein Problem. Es führt zu leistungsfeindlichem Denken. Wenn jemand engagiert ist, aber am Ende dieselbe Note im Zeugnis hat, obwohl er keine Vorteile genießt, wirkt das demotivierend.»

Welche Faktoren wie stark auf die Leistung einwirken: Das würde Martina Bircher gerne untersuchen. Aber sie kann das gar nicht – was ihr missfällt. Denn auf die Daten aus den Checks habe der Kanton gar keinen Zugriff. Dazu komme der derzeit geltende Datenschutz. Sie hofft, dass sich das mit einem Volksschulgesetz, «das hoffentlich im Herbst verabschiedet wird», ändern wird – und zumindest etwas mehr Klarheit über die Gründe des dramatischen Leistungseinbruchs verschafft.

# Die Waadt steht vor Wochen der Wahrheit

*In der Dittli-Affäre muss sich die erneuerte Allianz aus FDP, SVP und Mitte rasch bewähren*

MATTHIAS SANDER, LAUSANNE

Kevin Grangier trägt nicht zum ersten Mal zwei Hüte. Der einflussreiche Waadtländer SVPLer unterstützt mit seiner Partei eine Initiative für deutliche Steuersenkungen in dem Kanton mit einer der schweizweit höchsten Steuerbelastungen. Zugleich beriet er mit seiner Kommunikationsfirma vor knapp einem Jahr die Mitte-Regierungsrätin Valérie Dittli, damals noch zuständig für Finanzen, um den Initianten den Wind aus den Segeln zu nehmen, wie die Zeitung «24 heures» kürzlich berichtete.

Grangier ist auch der Westschweizer «Koordinator» der Organisation Pro Schweiz und sieht in den «Unterwerfungsverträgen» mit der EU den Untergang des Landes. Zugleich ist er nun Präsident der Waadtländer Allianz der SVP mit der FDP und der Mitte, die weit europafreundlicher sind. Wie passt das zusammen? Und warum rauft sich die Parteienallianz nach monatelangem Streit wieder zusammen?

Zur Erinnerung: Im März kritisierten sich Dittli und die FDP-Regierungspräsidentin Christelle Luisier an einer denkwürdigen Medienkonferenz gegenseitig. Zwei Stunden lang ging es um ein Gutachten, das Dittli vorwarf, illegaler-

weise gültige Steuerbescheide aufgehoben und ihr Amtsgeheimnis verletzt zu haben. In der Folge entzog die Regierung Dittli das Finanzdossier und erstattete Anzeige gegen sie. Zudem wurde bekannt, dass Dittli der Waadtländer Allianz 20 000 Franken für den gemeinsamen Wahlkampf drei Jahre zuvor schuldet, mittlerweile ist diese Schuld beglichen. Der Streit spaltete auch Dittlis Mitte-Partei, wie mehrere Rücktritte und kürzlich eine Recherche der Zeitung «Le Temps» zeigten.

## FDP relativiert Dissonanzen

Vergangene Woche trafen sich also die Spitzen der Allianz – die drei Präsidenten der kantonalen Parteien sowie ihre vier Regierungsräte, drei von der FDP und Dittli. Gemeinsam weitermachen oder nicht? Das war die grosse Frage. «Ich selbst wusste nicht, ob wir als Allianz zusammenbleiben würden oder nicht», sagt Grangier im Gespräch. Die Runde wollte weitermachen – und wählte den bisherigen Generalsekretär der Allianz, Grangier, «einstimmig», wie er sagt, zu ihrem neuen Präsidenten. Die drei Parteien kamen offensichtlich zu dem Schluss, dass sie trotz allem Streit bei den anstehenden Wahlen ge-

meinsam stärker sind. Im März 2026 sind Kommunalwahlen, 2027 Kantonalwahlen, 2028 eidgenössische Wahlen.

Die klar stärkste Partei des Trios, die FDP, relativiert die Dissonanzen. «Wenn wir uns in allem einig wären, wären wir eine einzige Partei», sagt die Präsidentin Florence Bettchart-Narbel. Ziel der Allianz sei es nun, «unsere rechten Ideen in einem Kanton voranzubringen, in dem eine linke Mehrheit gewisse Dinge als vermeintlich unveränderbar verankert hat». Als Beispiel für bisherige Erfolge nennt sie die im Frühjahr beschlossene Senkung der Einkommenssteuer um 7 Prozent (und nicht um 12 Prozent, wie von der erwähnten Initiative unter anderem gefordert).

Der Präsident der kantonalen SVP, Sylvain Freymond, fordert nach dem Streit der vergangenen Monate, dass die Politik sich wieder «um die wahren Probleme in der Waadt» kümmere. Dazu zählt Freymond neben der Steuerbelastung etwa die explodierenden Kosten im Gesundheitswesen sowie Finanz- und Personalprobleme des Lausanner Universitätsspitals CHUV.

Sein Parteifreund Grangier betont die Wichtigkeit der Kommunalwahlen 2026. Die SVP hat in der traditionell linksorientierten Waadt einen schweren

Stand und ist nur in wenigen Gemeinden in der Exekutive vertreten, etwa in Bex im Rhonetal. «Wegen des Mehrheitswahlrechts brauchen wir immer Allianzen», sagt Grangier, der Wahlkampfleiter und bis vor einem Jahr Präsident der SVP Waadt war. Er erinnert daran, dass die SVP es bei den Kommunalwahlen 2021 fast in der Regierung mehrerer Städte wie Yverdon-les-Bains, Morges und Nyon schaffte – obwohl es damals noch nicht die Waadtländer Allianz gab. «Nun hat die Stunde für die SVP geschlagen, ihren Teil des Kuchens zu bekommen.»

## Die Mitte schweigt

Seine verschiedenen Hüte verteidigt und relativiert Grangier. Zur von ihm unterstützten Initiative für eine Steuersenkung um 12 Prozent verweist er darauf, dass die kantonale FDP sich trotz der Ablehnung des von ihr dominierten Regierungsrats noch nicht positioniert habe. Tatsächlich sagt auch die FDP-Präsidentin Bettchart-Narbel, dass ihre Partei in dieser Frage gespalten sei.

Ähnlich verhalte es sich mit den neuen Verträgen der Schweiz mit der EU. Auch in dieser Frage habe sich die Schweizer FDP ja noch nicht entschieden, sagt Grangier. Zudem sei die

Waadtländer Allianz keine Partei der Parteien, die sich in möglichst vielem einig sein müsse. Vielmehr sollten SVP, FDP und Mitte weiterhin ihre Überzeugungen vertreten, um breit ihre Wähler zu mobilisieren.

Und die Mitte Waadt? Ihr neuer Präsident reagierte auf mehrere NZZ-Anfragen nicht. Valérie Dittli wollte sich nicht zur Waadtländer Allianz äussern. Unklar ist, warum die Mitte im Gegensatz zur FDP und zur SVP bisher nicht zur Erneuerung der Allianz kommuniziert hat.

Die kommenden Wochen werden ein Stresstest für die erneuerte Allianz. So muss die Kantonsregierung sich dieser Tage zur Forderung einer parlamentarischen Untersuchungskommission in der Dittli-Affäre positionieren. Die Kommission soll auch die Steuerpraxis von Dittlis Vorgänger, dem FDP-Ständerat Pascal Broulis, untersuchen.

Schwierig werden zudem die Budgetverhandlungen – in der Waadt greift seit April erstmals seit 2003 die kantonale Schuldenbremse. Und schliesslich sind da noch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in der Dittli-Affäre. Kaum auszumalen, was passieren würde, sollte der Generalstaatsanwalt tatsächlich Anklage gegen die Regierungsrätin erheben.